

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint jeden Sonntag abends. Abonnement: Ein Vierteljahr 2.40 M., ein halbes Jahr 4.80 M., ein Jahr 9.60 M. Einzelhefte 10 Pf. — Bestellungen werden von den Betreibern und Verlegern in Frankfurt am Main, sowie von allen Postämtern angenommen. Postfachnummer 2453. Telephonnummer 2453. Telegrammnummer: Kognit Frankfurt.

Einzelheftpreis: Die 88 mm breite Ausgabe 20 Pf., die 147 mm breite Ausgabe 30 Pf. — Einzelheftpreis: Die 88 mm breite Ausgabe 10 Pf., die 147 mm breite Ausgabe 15 Pf. — Einzelheftpreis: Die 88 mm breite Ausgabe 10 Pf., die 147 mm breite Ausgabe 15 Pf. — Einzelheftpreis: Die 88 mm breite Ausgabe 10 Pf., die 147 mm breite Ausgabe 15 Pf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Röhra, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwieseln. Notationsdruck und Verlag: C. G. Röhberg (Inhaber Ernst Röhberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siebert in Frankenberg.

Nr. 267

Donnerstag den 16. November 1922 nachmittags

81. Jahrgang

Brennstoff-Verkauf auf Marke 12 nur bis 18. November 1922 bei fam. Kohlen-Behelferung mit 1 Zentner Brennstoff freigegeben. — Marke 13 wird ab 20. November 1922 zur Behelferung am 16. November 1922.

Tageblatt-Bestellungen nehmen unsere Auslieferstellen, Stadt- und Landboten, sowie Postämter entgegen. Die Geschäftsstelle des Tageblattes.

Auf der Suche nach Wirtschaftsfachverständigen

Reichskanzler Dr. Meyer? — Empfang beim Reichspräsidenten

Die Regierungskrise ist noch ungeklärt. Zurzeit ist der Reichspräsident auf der Suche nach neuen Männern, die in der Hauptfrage Wirtschaftsfachverständige sein sollen. Wie immer in solchen aufgeregten Tagen, schwärmen die verschiedensten Mutmaßungen und Ansichten durch den deutschen Blätterwald. Man wird gut tun, die Klärung der Lage in Ruhe abzuwarten und nicht auf unkontrollierbare Nachrichten hin falsche Schlüsse auf unsere Zukunft zu ziehen.

Führern der bisherigen Koalitionsparteien, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei eingehend erörtert war. Jede kommende Regierung, wie sie sich auch gestalten möge, wird daher hinter diesem Programm stehen müssen.

Die zerfallene große Koalition noch kein neues Kabinett.

Die schleichende Krise, die seit dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie und der Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zur Lösung drängte, ist durch den Rücktritt des Kabinetts Wirth in eine neue Phase getreten. Denn geht es in die Zukunft noch nicht, die Lage ist vielmehr verworren, denn je, und es dürfte jedenfalls mehrere Tage dauern, bis sich die neue Regierung dem Reichstage vorstellen kann. Die diese auszuheilen wird, darüber lassen sich heute noch keine Prophezeiungen machen, und es ist völlig zwecklos, sich an dem Rücktritt der Berliner Blätter zu betheiligen. Da man zurzeit noch nicht einsehen kann, welche Parteien die neue Regierung bilden werden, läßt sich natürlich noch weniger sagen, wer der führende Mann sein wird. Auch die Bezeichnungen, die der Reichspräsident am Mittwoch mit einer Reihe von Politikern hatte, haben noch keine Klarheit gebracht.

Der Reichspräsident und die Krise

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch vormittag den Reichstagspräsidenten Loebe, die Abg. Marx und Spahn vom Zentrum, Abgeordnete Dr. Leicht von der Bayerischen Volkspartei, die Abg. Dr. Peterer und Dr. Koch von der demokratischen Fraktion und schließlich Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei. Er leitete dann an die Parteiführer die Frage, ob die Parteien geneigt seien, diese seine Politik zu unterstützen und ihm führende Wirtschaftsfachverständige vorzuschlagen. Die Parteiführer konnten natürlich bindende Antwort noch nicht erteilen.

Rückkehr Dr. Wirths?

Die Zentrumsfraktion legte ihre Auffassung der Lage in einer längeren Erklärung nieder, in der gesagt wird, daß nach der innerpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumsfraktion keine Alternative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt. Dem bisherigen Reichskanzler habe die Zentrumsfraktion des Reichstages und die übrigen Parteiführer noch kürzlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert. Vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirth, nämlich die letzte Note an die Reparationskommission, wiederum die angelegte Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion wie überhaupt die Billigung der Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zur Vereinigung Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Erfolge in der gegenwärtigen verworrenen innerpolitischen Lage, ist diese außenpolitische Klarheit. Immerhin besteht die Gefahr, daß der außenpolitische Erfolg durch die innenpolitische Schwierigkeit, woran die Zentrumsfraktion keine Verantwortung trägt, beeinträchtigt werden könnte.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß das Zentrum durch die Erklärung eine Wiederverkehr Dr. Wirths ermöglichen und andererseits eine Kanzlerschaft Serres anschieben wolle.

Die Stabilisierungsnote bleibt unberührt. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, berührt der Rücktritt der letzten Regierung in keiner Weise das in der Note vom 14. November 1922 an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung hat die Note erst überreichen lassen, nachdem sie mit den

Das Wichtigste vom Tage

Die Reparationskommission veröffentlicht einen offiziellen Bericht, wonach die Kriegsschadenskommission in Paris Schatzwechsel im Werte von 55 Millionen Goldmark auf Grund des Beschlusses der Reparationskommission vom 31. August 1922 übernommen hat. Die am 16. November fällige Barzahlung beträgt an und für sich 60 Millionen Goldmark. Die Differenz zwischen dieser Summe und dem erwählten Betrag von 55 Millionen Goldmark ist zum Teil durch gewisse an die Kommission bereits abgelieferte Summen abgedeckt. Für den Rest wird die Kriegsschadenskommission am 17. November einen weiteren Schatzwechsel übernehmen.

Die Reparationskommission hat am Mittwoch weder über die Kohlen- und Holzlieferungen noch über die Note der deutschen Regierung beraten. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth veranlaßte die Kommission, ihre Beratungen auf Freitag zu verschieben. Sir John Bradbury ist nach London abgereist, um sich mit seiner Regierung zu besprechen. Am Freitag vormittag wird der 2. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den in Belgien in Untersuchungshaft befindlichen Schneidergesellen Karl Grämer auf Grund des Militärstrafgesetzbuches, des Strafgesetzbuches und des Reichsgesetzes über die Beurteilung von Kriegsschuldigen verhandeln. Grämer ist wegen Rückfallsdiebstahls und erschwerter Milderung, verurteilt in Charleroi in Belgien, angeklagt.

Das französische Militärpolizeigericht in Mainz verurteilte drei Arbeiter von hier zu je 3000 Mark Geldstrafe, weil sie im vorigen Jahre erfolgte Annahme ihrer Tauben bei der französischen Besatzungsbehörde nicht vorrichtigsmäßig bis zum 1. September 1922 erneuert hatten.

Der „Chicago Tribune“ zufolge beschloß der amerikanische oberste Gerichtshof, daß die Japaner, weil sie nicht Angehörige der weißen Rasse seien, keinen Anspruch erheben könnten, amerikanische Staatsbürger zu werden.

Der amerikanische Senator W. Kormick befindet sich auf einer Studienreise durch die europäischen Länder, um teilzunehmen, wieweit Amerika am Wiederaufbau Europas teilnehmen könnte.

Das knappe und teure Geld.

Mancher Leser wird seinen Augen nicht trauen, wenn er die Ueberschrift liest. Es werden so massenhaft Papierheine gedruckt, die Markt ist so viel entwertet, wie kann da das Geld knapp und teuer sein? Aber es ist doch so. Die Folgen der anormalen Verhältnisse, der Teuerung, des geringen Vertrauens, das Deutschland genießt, machen sich im Inlande mit gebieterischer Gewalt geltend. Der Anspruch an die Zahlungsmittel der Reichsbank ist so groß, daß, wie schon mitgeteilt, der Wechselzinsfuß auf 10 und der Lombardzinsfuß auf 11 Prozent erhöht worden ist. Lombardzinsen nennt man bekanntlich die Vergütung von barem Geld gegen Unterlegung von Wertpapieren. Die Spekulationshöhe hat sich dadurch noch nicht sehr beeinflussen lassen, aber es kann ein bitterböses Erwachen aus dem Traumel folgen, wenn am Mittwoch abgerechnet werden muß. Auch schon vorher, wenn ein unerwarteter Ansehensfall eintritt, der die Konjunktur über den Hausen wirft. Wir leben in einer unbegrenzten Möglichkeiten. Ein derartiger Einbruch bei der Reichsbank ist ein sehr teures, ganz verheerendes Fall, der selbst bei der heutigen Lage Deutschlands seinen Einbruch auf das Ausland und Inland dauernd nicht verschonen kann.

Die Milderung der Geldverknappung auf die minder kapitalstarke Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe, namentlich die Kleinrenten, und auch auf manche Kreise der Landwirtschaft, wird nicht ausgeschlossen werden können. Die sehr teuer gewordenen Waren, Materialien, Rohstoffe, Düngemittel auf dem Lande, erfordern gesteigerte Vorauszahlungen, und wo nicht genügend Geld aus früheren Zeiten flüssig gehalten, sondern fest angelegt worden ist, wird die Befreiung von Zahlungsmitteln bei solchen hohen Zinsfüßen schwer ins Gewicht fallen. Es wird zeigen müssen, ob diese Mißbelastung ohne weiteres auf die Produktionskosten oder Verkaufspreise aufgeschlagen werden kann. Denn die Zahlungsmittellosigkeit des Publikums wird von der Lage nicht unberührt bleiben. Dabei wird das Geld, wie nun ernsthaft erklärt wird, weitgehende Sparmaßnahmen, um den Geldhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kompliziertheit des Wirtschaftslebens hat sich mitten verfahren, es kann nicht nur mehr addiert werden, es ist vielmehr auch der Umfang der Nachfrage zu berücksichtigen, die bisher vielfach oder sogar vorwiegend als selbstverständlich betrachtet wurde.

Am wichtigsten wird nun angeordnet und Nachfrage für die Industrie gehalten. Es ist nicht anzunehmen, daß in allen Branchen so weiter gewirtschaftet werden kann. Die Verringerung der geschäftlichen Arbeitszeit oder eine stellenweise Arbeitslosigkeit werden also als Wahrscheinlichkeiten in den Vordergrund treten. Das wären unliebsame Erscheinungen, mit deren Eintreten schon länger für den Verlauf des Winters gerechnet wurde, aber doch nur infolge der Teuerung, nicht durch eine Geldkrise innerhalb der Industrie selbst. Das sind die Dinge, die heute wohl zu beachten sind, und nicht mit einem Aufsehlucken abgetan werden können.

Die Wohnungspolitik der Regierung.

Eine amtliche Erklärung. Ueber die Wohnungspolitik der Regierung wird von amtlicher Seite erklärt, daß sie in Teilen der Presse eine Verwirrung sände, die von unrichtigen Voraussetzungen ausgehe. Die heutige beklagenswerte Wohnungsnot in Deutschland wird als eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Weltkrise bezeichnet. Ein umfassender Wohnungsbau, der den Ausfall während des Krieges wieder ausmachen soll, wäre nur aus Ueberschüssen der Volkswirtschaft möglich. Daran fehlt es heute in Deutschland, aber teilweise auch im Ausland. Gemindert wird auch die Unfähigkeit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung. In Ländern mit sinkendem Geldwert können die Besitzer der etwa vorhandenen geringen Kapitalien die Anlage im Wohnungsbau, weil die Eigentümer die heute damit unzer trennlich verbundene Entwertung des Geldes nicht in Kauf nehmen wollen. In Ländern mit besserer Valuta, in denen eine Deflation stattfindet, sind die Geldgeber bis zum Eintritt eines stabilen Geldwertes ebenfalls nicht geneigt, den Wohnungsbau zu unterstützen, da sich nicht vorzusehen läßt, welche Höhe die Werte und damit die Rente des Kapitals dauernd bewahren werden. Daher vermöchte auch der von manchen Seiten befürwortete Abbau der „Zwangswirtschaft“ keine Besserung zu bringen. Er würde gewiß eine erhebliche Steigerung der Mieten nach sich ziehen, aber keine Neubautätigkeit ermöglichen, solange die gegenwärtige kritische Wirtschaftslage anauert.

Auch eine teilweise Freigabe (etwa von größeren Wohnungen oder gewerblichen Räumen) würde aus denselben Gründen die Voraussetzung für eine umfangreiche private Neubautätigkeit nicht beschaffen, dafür aber einem ziemlich willkürlich abgegrenzten Kreise von Grundbesitzern besondere Einmischungen bringen. Ein Abbau des behördlichen Apparates wäre nicht damit verbunden, da auch nach dem Willen der Befürworter dieses Vorschlages die zu erzielenden höheren Mieten teilweise der Gesamtheit zugeführt werden und zu Mietzuschüssen oder Bankrottbeschlüssen verwendet werden sollen. Und um dem so viel beklagten Anstieg des deutschen Grundbesitzes durch das Ausland entgegenzuwirken, ist eine Aufhebung der Zwangswirtschaft ebenfalls nicht notwendig. Vielmehr kann die sachgemäße Anwendung des Reichsmietengesetzes schon heute den Hausbesitz vor Verlusten bewahren, die bisher mit zu dem Verlust von Grundstücken geführt haben.

Fleisch aus Südwestafrika

Berlin, 15. 11. Eine Berliner Firma hat die Einfuhr von südwestafrikanischem Trockenfleisch durchgeführt und dadurch sowohl der mildernden Bevölkerung, insbesondere dem nördlichen Mittelstand ein wohlwollendes billiges Fleisch geliefert als auch gleichzeitig den deutschen Farmern in Südwestafrika ein Absatzgebiet geschaffen. Der infolge der Einfachheit des Herstellungsverfahrens niedrige Preis beträgt gegenwärtig 120 Pf. für das Pfund und dürfte bei weiterer Nachlieferung des Rohmaterials sich noch erniedern. Das Fleisch bietet die Möglichkeit monatlicher Aufzucht; es gelangt in Stücken von 3 bis 4 Pfund zum Verkauf.

Dollar in Berlin = 8100 (vorläufig)